



Unsicherheiten belasten die Gesundheitswirtschaft

DIHK-Gesundheitsreport | Jahresbeginn 2022

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Wesentliche Ergebnisse auf einen Blick

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die strukturellen Risiken für die Geschäftsentwicklung gerade verändern: Die wirtschaftspolitischen Risiken rücken dabei stark in den Hintergrund. Unternehmen sehen sich vermehrt mit anderen Risiken wie den Energie- und Rohstoffpreisen sowie den Arbeitskosten konfrontiert.¹ In der Vergangenheit waren diese Risikofaktoren eher von untergeordneter Bedeutung.

Ein Blick in die Wirtschaftsbereiche zeigt, dass die Stimmung sehr unterschiedlich ist. So stehen in der deutschen Pharmabranche alle Zeichen auf Wachstum: Die Geschäfts- und Exporterwartungen sind hoch. Aufgrund des geplanten starken Kapazitätsausbaus erhöhen die Betriebe auch ihre Beschäftigungsplanung massiv. Allerdings spürt auch die pharmazeutische Industrie den Kostendruck bei den Energie- und Rohstoffpreisen.

In der Medizintechnik hat sich hingegen nicht nur die Geschäftslage gegenüber der Vorumfrage verschlechtert, sondern auch die Wachstumsaussichten haben sich deutlich eingetrübt. Seit der Herbstumfrage 2020 blicken die Unternehmen immer weniger optimistisch in die Zukunft. Negativ wirkt sich auch die neue EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) aus, die eine allgemeine Belastung für die Branche ist. Zudem gehen die Investitionsabsichten deutlich zurück und es planen weniger Betriebe in Produktinnovationen zu investieren. Auch die Beschäftigungsabsichten und Exporterwartungen werden reduziert. Risiken birgt dabei weniger eine nachlassende Auslandsnachfrage. Vielmehr stellen Störungen in der globalen Logistik, Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen bei Vorleistungen und Energieträgern Herausforderungen im Auslandsgeschäft dar. Auch der Fachkräftemangel und die steigenden Energie- und Rohstoffpreise machen den Betrieben zu schaffen. Die Invasion Russlands in der Ukraine führt zu weiteren Störungen der Lieferkette und zu zusätzlichen Preissteigerungen.

Im Branchenvergleich ist die Geschäftslage bei den Gesundheits- und sozialen Diensten weiterhin am schlechtesten. Vor allem diesen Betrieben macht die Personalnot zu schaffen. Hier hat der demografische Wandel gleich zweifach Einfluss – zum einen durch den ausbleibenden Nachwuchs und zum anderen durch höheren Pflegebedarf aufgrund einer zunehmenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen. Die Suche nach geeigneten Fachkräften gestaltet sich schwer. Offene Stellen bleiben daher lange unbesetzt. Die Politik hat zwar mit verschiedenen Gesetzesinitiativen u. a. mehr Geld für Personal auf den Weg gebracht. Doch inwieweit sich die neuen Stellen angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes besetzen lassen, ist nach wie vor fraglich.

Im Handel mit Gesundheitsgütern hat sich die Geschäftslage weiter verbessert und erreicht wieder das Vorkrisenniveau (Jahresbeginn 2020). Die Geschäftserwartungen sind jedoch sehr verhalten. Ein Trend setzt sich seit der Herbstumfrage 2019 fort: Es rechnen mehr Unternehmen mit einer Verschlechterung als mit einer Verbesserung der Geschäfte. Ein Grund ist, dass viele Unternehmen verunsichert sind, welche Auswirkungen die zunehmende Bedeutung von Onlinemarktplätzen auf ihre Geschäftsentwicklung haben wird.

Branchenübergreifend ist trotz hoher Arbeitskosten sowie verstärkter Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften weiterhin mit einem Beschäftigungszuwachs in der Gesundheitswirtschaft zu rechnen.

¹ Befragungszeitraum der Umfrage war vor der Invasion Russlands in der Ukraine.

Geschäftslage

Geschäftslage noch unter Vorkrisenniveau

Die Geschäftslage in der deutschen Gesundheitswirtschaft befindet sich noch unter Vorkrisenniveau zu Beginn des Jahres 2022. Fast zwei von fünf Unternehmen (39 Prozent) beurteilen ihre Geschäftslage „gut“, dagegen 16 Prozent als „schlecht“. Der resultierende Saldo von 23 Punkten liegt somit konstant auf dem Niveau der Herbstumfrage 2021.

Die Geschäftslage der Medizintechnik hat sich gegenüber Herbst 2021 allerdings deutlich verschlechtert. So bezeichnen 38 Prozent der Unternehmen der deutschen Medizintechnik ihre Geschäftslage als „gut“. 17 Prozent ordnen sie als „schlecht“ ein, wodurch sich ein Saldo von 21 Punkten ergibt (zuletzt 40 Punkte). Zum Vergleich: Vor der Corona-Pandemie lag der Saldo zuletzt im Jahr 2010 auf diesem niedrigen Niveau.

In der Pharmabranche liegt der Saldo im Branchenvergleich nach wie vor auf hohem Niveau (30 nach zuletzt 26), jedoch noch weit unter Vorkrisenniveau (52 Punkte Jahresbeginn 2020).

Im Gegensatz dazu hat sich im Handel mit Gesundheitsgütern die Geschäftslage gegenüber Jahresbeginn weiter verbessert (29 nach 25 Punkten) und erreicht somit auch wieder das Vorkrisenniveau (27 Punkte Jahresbeginn 2020).

Im Branchenvergleich ist die Stimmung bei den Gesundheits- und sozialen Diensten weiterhin am schlechtesten, stabilisiert sich jedoch im positiven Saldobereich (11 nach zuletzt 15 Punkten). Zum Vergleich: Zu Beginn der Corona-Krise war der Saldo noch negativ (minus elf im Frühsommer 2020).

Nachdem die Stimmung in der Gesamtwirtschaft im Herbst 2021 besser war als in der Gesundheitswirtschaft (29 zu 23 Punkten), setzt sich nun der allgemeine Trend wieder fort: Die Stimmung der deutschen Gesundheitswirtschaft ist mit 23 Punkten besser als in der Gesamtwirtschaft (hier 18 Punkte).

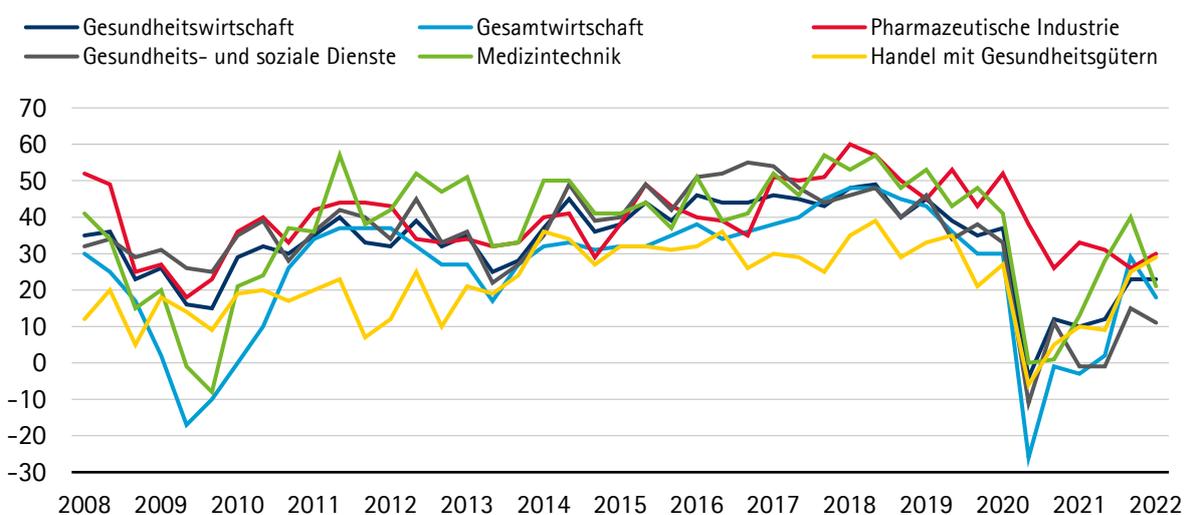


Abb. 1: Entwicklung der Geschäftslage in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „gut“ und „schlecht“ Anteilen)

Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate

Erwartungen trüben sich deutlich ein – mit Ausnahme der Pharmabranche

Es rechnen 24 Prozent der Unternehmen mit einer Verbesserung, 19 Prozent erwarten schlechtere Geschäfte. Mit einem Saldo von fünf Punkten liegen die Geschäftserwartungen deutlich niedriger als im Herbst 2021 (hier 14 Punkte).

Der negative Trend in der Medizintechnik setzt sich fort: Seit der Herbstumfrage 2020 (hier 34 Punkte) blicken die Unternehmen immer weniger optimistisch in die Zukunft (nun neun nach zuletzt 18 Punkten). Auf diesem niedrigen Niveau war die Erwartungshaltung – abgesehen vom Beginn der Corona-Krise – zuletzt im Jahr 2009. Negativ wirkt sich auch die neue EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) aus, die eine allgemeine Belastung für die Branche ist.

Die Geschäftserwartungen der Gesundheits- und sozialen Dienste (ein Punkt nach zuletzt 14 Punkten) und des Handels mit Gesundheitsgütern fallen noch verhaltener aus: Unter den Händlern rechnen weiterhin mehr Unternehmen mit einer Verschlechterung (23 Prozent) als mit einer Verbesserung (16 Prozent) der Geschäfte. Die Erwartungshaltung mit einem Saldo von minus sieben Punkten liegt unter dem Niveau der Vorumfrage (hier ein Punkt). Es setzt sich ein negativer Trend fort: Seit der Herbstumfrage 2019 ist der Saldo fast immer negativ. Ein Grund ist die zunehmende Bedeutung von Onlinemarktplätzen. Viele Unternehmen sind z. B. verunsichert, welche Auswirkungen die Einführung des E-Rezepts auf ihre Geschäftsentwicklung haben wird.

Ein positiver Trend in der Gesundheitswirtschaft setzt sich nicht mehr fort: Erstmals seit der Frühsommerumfrage 2011 blicken die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft nicht mehr zuversichtlicher in die Zukunft als die Unternehmen in der Gesamtwirtschaft (Saldo von nun jeweils fünf Punkten).

Entgegen dem Trend in der Gesundheitswirtschaft insgesamt, sind die Erwartungen in der Pharmaindustrie gegenüber der Vorumfrage auf 32 Punkte gestiegen (nach zuletzt 28 Punkten im Herbst 2021). Das ist der höchste Wert seit Jahresbeginn 2010.

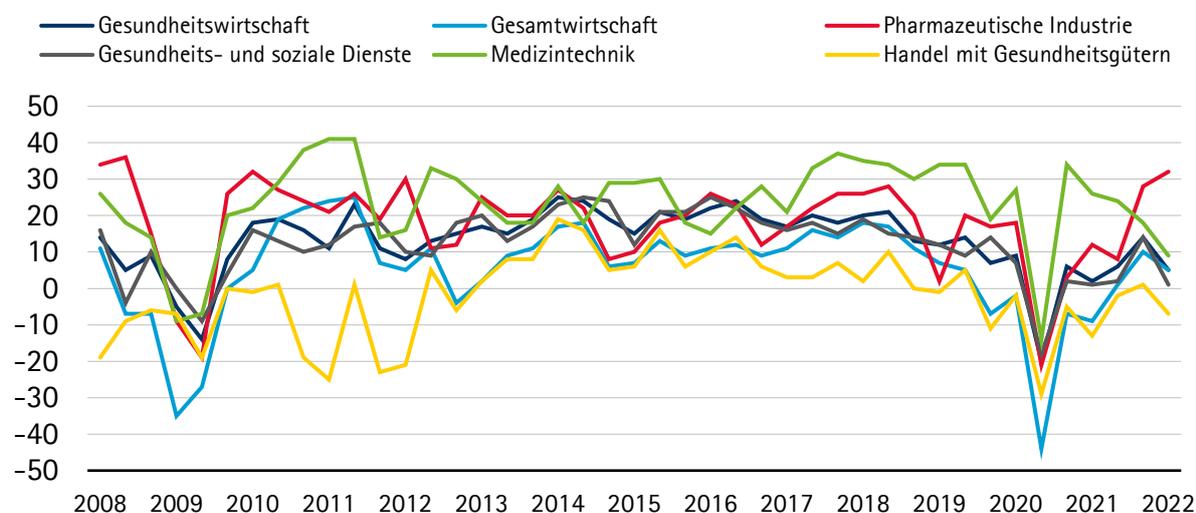


Abb. 2: Geschäftserwartungen in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „besser“ und „schlechter“ Anteilen)

Geschäftsrisiken für die kommenden zwölf Monate

Allzeithoch bei Rohstoff- und Energiepreisen, Allzeittief bei der Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftspolitischen Risiken rücken aktuell stark in den Hintergrund. Nur noch 36 Prozent der Betriebe sehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als einen Risikofaktor an (zuletzt 46 Prozent) – ein neues Allzeittief. Unternehmen der Gesundheitswirtschaft sehen sich aktuell vermehrt mit anderen Risiken konfrontiert.

Seit der Herbstumfrage 2021 steigt die Risikoschätzung der Betriebe bei den Energie- und Rohstoffpreisen stark an. Mit 51 Prozent (zuvor 39 Prozent) geben das so viele Unternehmen wie noch nie zuvor an. Der Anteil der Unternehmen, der Energie- und Rohstoffpreise als Risiko angibt, liegt mittlerweile in allen Branchen auf einem Allzeithoch.

Besonders in den energie- und rohstoffintensiven Branchen der Medizintechnik (81 Prozent) und pharmazeutischen Industrie (77 Prozent) spüren die Unternehmen den Kostendruck. Zum einen sehen sich die Unternehmen mit globalen Lieferkettenstörungen und damit verbundenen Preissteigerungen etwa bei Kunststoff konfrontiert. Zum Tragen kommt auch die Unsicherheit vieler Unternehmen, welche Kosten mit der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, z. B. durch CO₂-Bepreisung, und der Umsetzung des Green Deal, mittel- und langfristig auf sie zukommen werden. Die Kosten für Energie sind bereits jetzt sehr hoch.

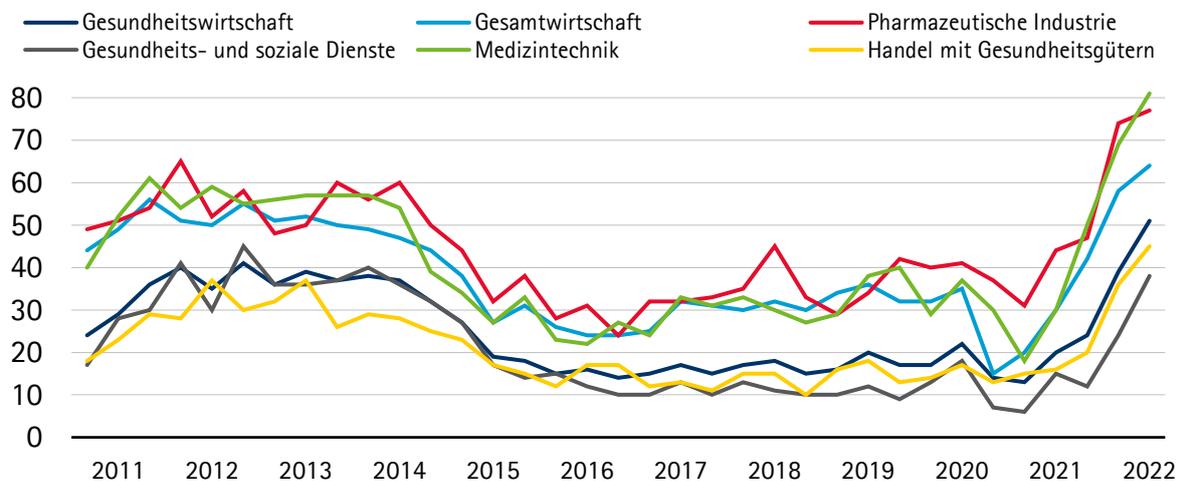


Abb. 3: Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Fachkräftemangel macht insbesondere Gesundheits- und sozialen Diensten zu schaffen

Beim Fachkräftemangel liegt die Risikoschätzung mit 66 Prozent nur knapp unterhalb des Allzeithochs (67 Prozent zu Jahresbeginn 2019) und ist weiterhin stärker ausgeprägt als in der Gesamtwirtschaft. Vor allem den Gesundheits- und sozialen Diensten macht die Personalnot zu schaffen (81 nach zuletzt 83 Prozent). Hier hat der demografische Wandel gleich zweifach Einfluss – zum einen durch den ausbleibenden Nachwuchs und zum anderen durch höheren Pflegebedarf aufgrund einer zunehmenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen.

Trotz steigender Risikoschätzung (49 nach zuletzt 48 Prozent) setzt sich der Trend seit Datenerhebung fort, dass die Sorge um qualifiziertes Personal in den Unternehmen der Pharmabranche deutlich weniger stark ausgeprägt ist als in der Gesundheitswirtschaft insgesamt.

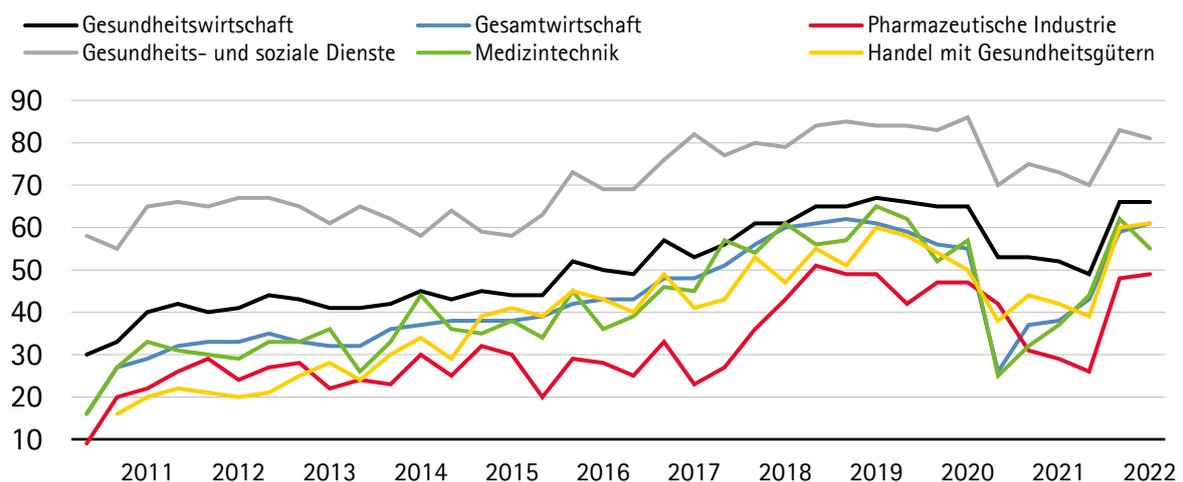


Abb. 4: Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Das Risiko Arbeitskosten legt in allen Branchen zu

Neben den Problemen bei der Suche und Bindung geeigneter Fachkräfte sind auch hohe Arbeitskosten ein Risiko für die Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft. In allen Wirtschaftszweigen legt die Risikoschätzung gegenüber der Vorumfrage zu. Branchenübergreifend liegt die Risikoschätzung bei 43 Prozent (zuletzt 38 Prozent) – der höchste Wert seit Jahresbeginn 2015. Besonders ausgeprägt ist die Risikoschätzung bei den Betrieben der Medizintechnik (47 nach zuletzt 45 Prozent). Während bei Gesundheits- und sozialen Diensten der Fachkräftemangel auch zu steigenden Arbeitskosten führt, wirkt sich in der Medizintechnik auch die neue EU-Verordnung über Medizinprodukte kostensteigernd aus. Es ist mehr Personal erforderlich, um die gestiegenen rechtlichen Anforderungen umzusetzen.

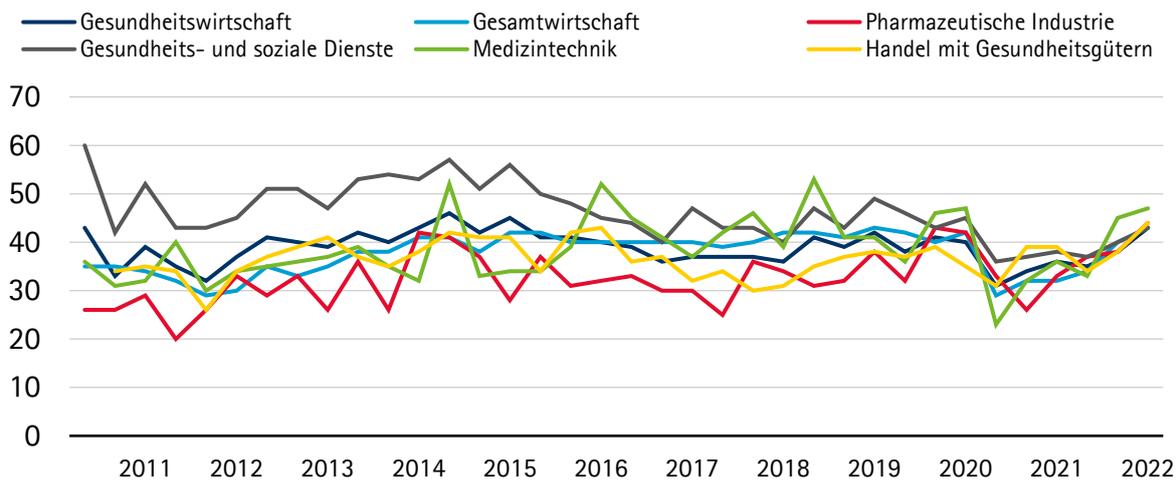


Abb. 5: Arbeitskosten als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Exportserwartungen

Optimismus in der Medizintechnik trübt sich ein – Pharmaunternehmen zuversichtlich

In den Hauptexportbranchen der Gesundheitswirtschaft – Medizintechnik und Pharmabranche – entwickeln sich die Exportserwartungen gegensätzlich: In der Pharmabranche sind die Erwartungen deutlich gestiegen (28 nach zuletzt 19 Punkten), wohingegen sie bei Unternehmen der Medizintechnik stark gesunken sind (16 nach zuletzt 29 Punkten) und somit erstmals hinter den Erwartungen der Industrie insgesamt zurückbleiben (hier 20 Punkte). In der Medizintechnik sind die Exportserwartungen zudem deutlich unterdurchschnittlich (langjähriger Durchschnitt 36 Punkte). Risiken birgt dabei weniger eine nachlassende Auslandsnachfrage, denn die Auftragsbücher sind noch gut gefüllt. Nur 27 Prozent der Unternehmen der Medizintechnik sehen das als Geschäftsrisiko – der niedrigste Wert seit Jahresbeginn 2011. Vielmehr stellen Störungen in der globalen Logistik, Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen bei Vorleistungen und Energieträgern Herausforderungen im Auslandsgeschäft dar. So haben 42 Prozent der Betriebe angegeben, dass sie in erheblichem Umfang mit Lieferengpässen konfrontiert sind.

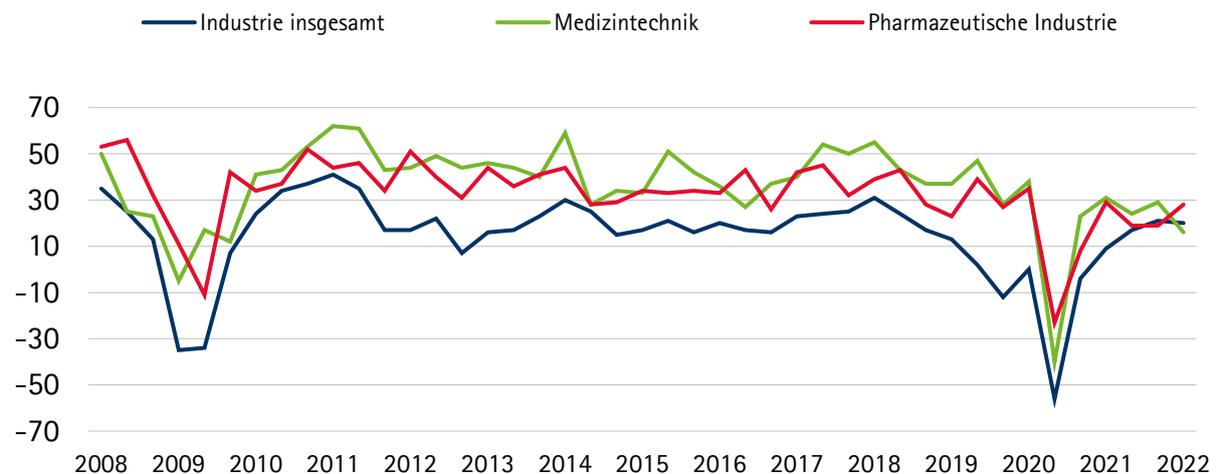


Abb. 6: Exportserwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Investitionen

Investitionsabsichten höher als in der Gesamtwirtschaft

38 Prozent der Unternehmen geben an, mehr Investitionen tätigen zu wollen. 16 Prozent der Betriebe wollen in den nächsten Monaten weniger investieren. Mit einem Saldo von 22 Punkten sind die Unternehmen genauso expansiv wie im Herbst 2021. Zudem liegt der Investitionssaldo nach wie vor weit über dem Saldo der Gesamtwirtschaft (hier zwölf Punkte nach zuletzt 13).

Mit Blick in die Branchen zeigt sich allerdings ein uneinheitliches Bild. Bei der pharmazeutischen Industrie (24 nach zuletzt neun Punkten) ist der Investitionssaldo deutlich gestiegen. Die Pharmaunternehmen planen insbesondere in den Kapazitätsaufbau zu investieren (51 nach zuletzt 48 Prozent). In der Industrie insgesamt plant dies nur gut jedes dritte Unternehmen (35 Prozent). Auch im Handel sind die Planungen expansiver (14 nach zuletzt zwölf Punkten). In der Medizintechnik gehen die Investitionsabsichten allerdings deutlich zurück (elf nach zuletzt 29 Punkten). Nur noch 46 Prozent der Betriebe wollen in Produktinnovationen investieren (nach zuletzt 53 Prozent) – der niedrigste Wert seit Frühsommer 2015. Auch die Gesundheits- und sozialen Dienste sind weniger expansiv als zuletzt, allerdings auf hohem Niveau (25 nach 28 Punkten).

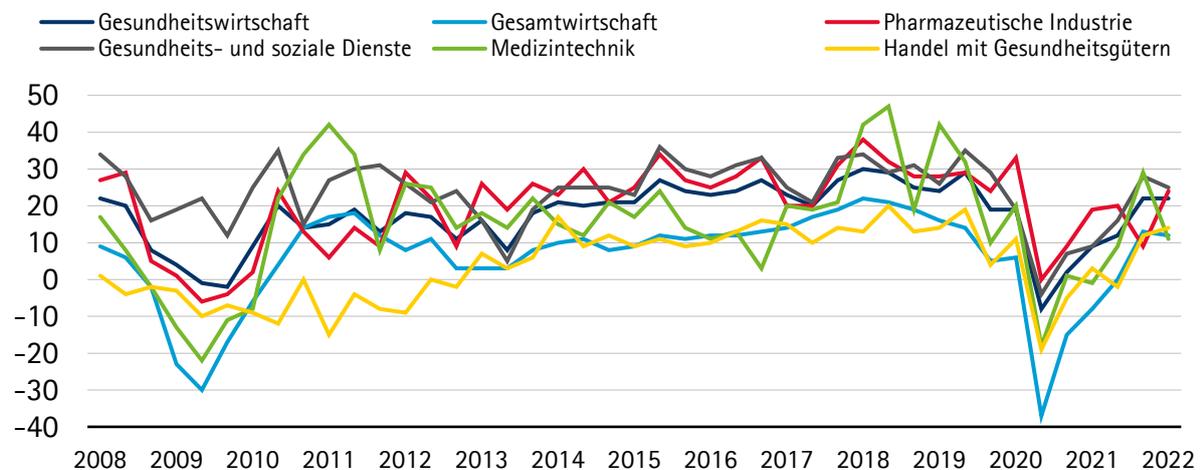


Abb. 7: Investitionsabsichten im Inland für die nächsten 12 Monaten (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Beschäftigung

Pharmazeutische Industrie: erheblicher Stellenaufbau geplant

Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen sind gegenüber Herbst 2021 zwar leicht gestiegen, liegen mit 17 Punkten jedoch noch immer unter Vorkrisenniveau (21 Punkte zu Jahresbeginn 2020). Allerdings liegen die Planungen nach wie vor auf einem hohen Niveau. Zum Vergleich: In der Gesamtwirtschaft liegt der Saldo bei acht nach zuletzt neun Punkten.

Aufgrund des geplanten starken Kapazitätsausbaus erhöht die pharmazeutische Industrie (30 nach zuletzt 15 Punkten) ihre Beschäftigungsplanung massiv und erreicht fast das Allzeithoch (31 Punkte im Frühsommer 2015). Hingegen reduzieren die Betriebe der Medizintechnik ihre Beschäftigungsabsichten deutlich, allerdings von einem hohen Niveau kommend (17 nach zuletzt 32 Punkten).

Die Gesundheits- und sozialen Dienste reduzieren ihre Planungen leicht (13 nach zuletzt 16 Punkten). Es werden vor allem personalintensive Tätigkeiten – etwa in der Altenpflege – ausgebaut. Die Suche nach geeigneten Fachkräften gestaltet sich jedoch schwer. Offene Stellen bleiben daher lange unbesetzt. Die Politik hat zwar mit verschiedenen Gesetzesinitiativen u. a. mehr Geld für Personal auf den Weg gebracht. Doch inwieweit sich die neuen Stellen angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes besetzen lassen, ist nach wie vor fraglich.

Unter dem Strich deuten die Zeiten trotz hoher Arbeitskosten sowie verstärkter Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften weiterhin auf Beschäftigungszuwachs.

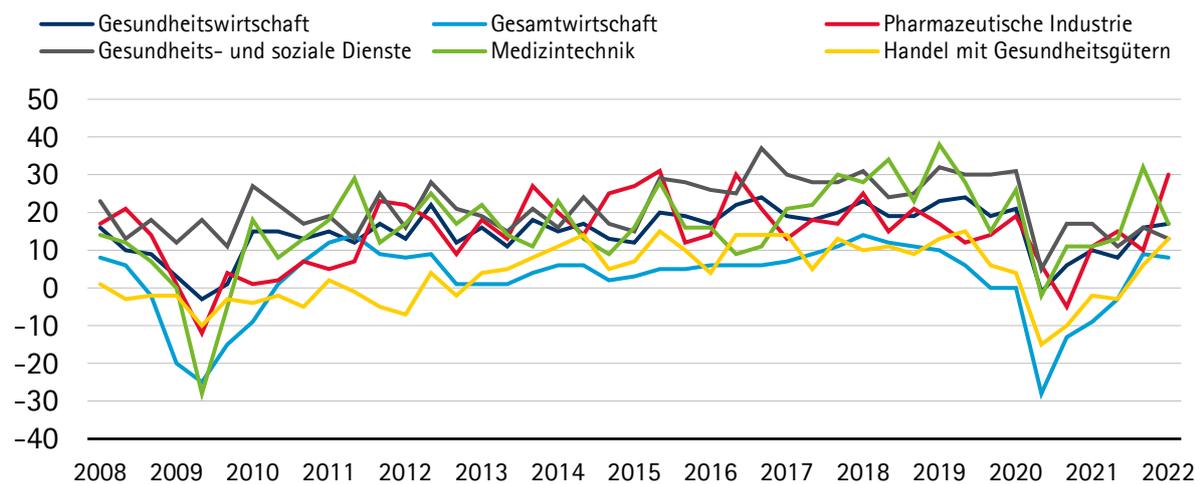


Abb. 8: Beschäftigungsplanungen der Unternehmen für die nächsten 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Methodik

Der Gesundheitsreport basiert auf den Ergebnissen der DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2022. An der Umfrage haben sich mehr als 700 Unternehmen der Gesundheitswirtschaft beteiligt. Zu der Gesundheitswirtschaft zählen in dieser Analyse:

- Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
- Reparatur und Wartung von Medizintechnik
- Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
- Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
- Apotheken
- Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
- Versandhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
- Krankenversicherungen
- Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
- Beratung im Gesundheitswesen
- Vermietung von medizinischen Geräten
- Desinfektion u. Reinigung v. Praxen u. Krankenhäusern
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser (darunter auch Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), Arzt- und Zahnarztpraxen, Massagepraxen, Heilpraktikerpraxen etc.)
- Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (Pflegeheime, Altenheime)
- Sozialwesen (ohne Heime) (u. a. Soziale Betreuung älterer Menschen, aber auch Tagesbetreuung von Kindern)

Die Angaben zu der hier ausgewerteten Umfrage werden von IHK-Mitgliedern gemacht, beispielsweise nicht von öffentlichen Einrichtungen oder ausschließlich freiberuflich Tätigen. Diese zählen zu einer umfassenden Definition der Gesundheitswirtschaft.

Impressum

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Redaktion: Dr. Philipp Wien, Leiter des Referats Gesundheitswirtschaft

Grafik: Friedemann Encke, Katrin Jacobs, DIHK

Bildnachweise: www.thinkstock.de | www.gettyimages.com

Stand: März 2022